

Liebe Staatsbürgerin!

Autor(en): **Gassmann, Anna**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **1 (1945)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Kantonsverfassung des eidgenössischen Standes Zürich vom 18. April 1869 lautet in Art. I folgendermaßen:

Die Staatsgewalt beruht auf der Gesamtheit des Volkes. Sie wird unmittelbar durch die Aktivbürger und mittelbar durch die Behörden und Beamten ausgeübt.

Wir fragen: Gehören die Frauen nicht zum Schweizervolk?

Liebe Staatsbürgerin!

Bist Du Dir klar darüber, wo Du heute stehst und was Du zu tun hast, wenn in den Ratssälen und in der Presse die Auseinandersetzung beginnt, ob man den Frauen durch Gesetz die gleichen politischen Rechte wie dem Staatsbürger zugestehen wolle? Es dämmert langsam wie an einem Wintermorgen; man weiß noch nicht, wird die Sonne durchbrechen oder wird der Tag trübe bleiben. Im Nationalrat hat schon am 16. Juni 1944 Herr Nationalrat Oprecht mit 51 Mitunterzeichnern ein Postulat eingereicht. Es lautet: «Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob nicht verfassungsrechtlich das Frauenstimm- und Wahlrecht zu gewährleisten sei.» Im September folgte dann die Motion Nägeli im Zürcher Kantonsrat. Sie erstrebt für den Kanton Zürich die Verleihung aller politischen Rechte, die der Staatsbürger genießt, auch an die Frauen. Zum gleichen Zwecke hat die Partei der Arbeit noch eine Petition vorbereitet und beginnt in diesen Tagen mit der Unterschriftensammlung. Nun heißt es für die Frauenstimmrechtsvereine im Kanton Zürich sich regen und einen klaren Feldzugsplan sich zurecht zu legen. Vor allem sollen sie sich nicht verwirren und einschüchtern lassen durch die Kritik, die in der Presse schon eingesetzt hat. Die Frauenstimmrechtsvereine bekennen sich bei der Verfechtung ihrer Ziele zu parteipolitischer und konfessioneller Neutralität. Sie wissen, daß Befürworter des Frauenstimmrechtes in allen politischen Parteien vertreten sind. Keine politische Partei lehnt es grundsätzlich ab, aber nur die linksstehenden Parteien sind durch ihr Parteiprogramm dazu verpflichtet, sich für die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts auch einzusetzen. Es ist darum nicht verwunderlich, daß Vertreter der Linksparteien den Stein ins Rollen gebracht haben. Diese Tatsache veranlaßt leider schon allzu Aengstliche zu der Warnung: Nehmt Euch in acht, das Frauenstimmrecht wird nur den Linksparteien nützen! Bange machen gilt nicht! Wir wollen uns den Werdegang eines Gesetzes vor Augen halten. Die Motion Nägeli wird zunächst im Regierungsrat beraten werden, und wenn ein guter Stern über den Beratungen waltet, wird eine Gesetzesvorlage dem Kantonsrat zur Prüfung übergeben werden, die Art und Umfang des zu verleihenden Frauenstimmrechts umschreiben wird. Mit dem Beginn der Beratungen im Kantonsrat, denen noch die Begutachtung in einer kantonsrätlichen Kommission vorausgeht, wird auch die Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit einsetzen und die Presse sich als Freund oder Gegner unserer Bemühungen erweisen. Was verleiht

uns den Mut, in diesem Streit der Meinungen auf ein gutes Ende zu hoffen? Anlässlich der letzten Kantonsratswahlen wurde sämtlichen Kandidaten eine Anfrage gestellt, ob sie bereit wären, im Kantonsrat für die Verleihung des Stimm- und Wahlrechts an die Frauen zu wirken. 117 der Angefragten unterzogen sich der Mühe zu antworten und versprachen, den vollen politischen Rechten oder einem beschränkten Stimm- und Wahlrecht für die Frauen ihre Unterstützung zu gewähren. Von diesen 117 Kandidaten wurden 26 auch wirklich in das kantonale Parlament gewählt. Wir Frauen sind also zu der Annahme berechtigt, daß aus allen politischen Parteigruppen unsere Freunde im Rate für die Verleihung des Frauenstimmrechts eintreten werden und damit dieses Postulat zu einem überparteilichen erheben. – Wir hoffen auch, der Regierungsrat bekenne sich noch zu der Auffassung, wie sie schon 1918 in einer Weisung zum Ausdruck kam. Es handelte sich um den Vorschlag der Regierung zur Motion Greulich. Die folgenden Ausführungen sind immer noch zeitgemäß:

«...Unter den selbständigen Frauen werden die verschiedenen politischen Bekenntnisse miteinander in Wettbewerb treten. In einem Staatswesen, das seine oberste gesetzgebende Behörde nach dem Verhältniswahlverfahren bestellt und das damit erklärt, daß ihm die politische Gerechtigkeit höher steht als einzelne Parteiinteressen, wird auch die Stellungnahme zum Frauenstimmrecht kaum von der politischen Erwägung abhängig gemacht werden dürfen, welche Partei am meisten von dieser Ausdehnung der politischen Rechte zu erwarten haben wird.

Gewiß wird die Rückwirkung des Frauenstimmrechts auf die Politik eines Staates oder Gemeinwesens für die Frage der Einführung mitbestimmend sein. Diese Rückwirkung soll jedoch nicht von einem Parteistandpunkt aus betrachtet werden. Wertvoller ist es, zu untersuchen, wo das öffentliche Leben heute Aufgaben zeigt, bei deren Lösung von der Frau nützliche Mitarbeit erwartet werden darf...»

Wenn der Regierungsrat heute nach dem zuletzt genannten Gesichtspunkt seinen Entscheid trifft, dann dürfen wir hoffen, daß er positiv sein wird. Lassen wir darum getrost unsere Freunde in den Parteien für uns wirken und tun wir unterdessen, was unseres Amtes ist: Werben und aufrütteln und aufklären unter den Frauen und nochmals werben und wirken in den Vereinigungen, denen wir angehören, versuchen und immer wieder versuchen, die Presse uns gewogen zu stimmen. Was das Endergebnis des Kampfes sein wird, beschwert uns noch nicht; wir haben uns noch nicht für eine bestimmte Form des Frauenstimm- und Wahlrechts zu entscheiden, diese wird als Kompromiß aus den Parlamentsberatungen hervorgehen. Heute kämpfen wir noch um die Anerkennung unserer gerechten Forderung, zu Vollbürgerinnen, mit allen Rechten, Pflichten und Verantwortungen, ausgestattet, erhoben zu werden. – Den Angehörigen politischer Frauengruppen in unsern Reihen fällt noch eine besondere Aufgabe zu: Sie sollen ihre Parteigenossen zu bestimmen versuchen, im Parlament für das Frauenstimm- und Wahlrecht mannhaft einzustehen. Dies wird ganz besonders dann wichtig sein, wenn ein diesbezügliches Gesetz die rechte Form erhalten soll. Daß sich ein solches zum Segen unseres Kantons auswirken würde, glauben und hoffen wir stark.

Anna Gassmann